

# Hochheimer Stadtanzeiger

Amthliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Bezugspreis: monatlich 21.000 M. einjährl.  
Bezugslohn. Wegen Postbezug näheres  
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenspreis: Die einspaltige Klein-  
zeile 50000 M., Reklamezeile 130000 M.  
Sämtliche Preise sind stets freibleibend.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer

Nr. 99

Donnerstag, den 23. August 1923.

Postfachkonto  
Svenaustr. (Halle) 10114

17 Jahrgang.

## Amthlicher Teil.

Nr. 364.  
Den Ortspolizeibehörden des Kreises bringe ich  
die Kundmachung vom 24. Oktober 1900 — 1.  
12.047 — betreffend die Einrichtung eines Verzeich-  
nisses der bei den Ent- und Bewässerungsanlagen  
angeordneten Röhren in Erinnerung und ermahne  
die Einreichung des Verzeichnisses, soweit es noch  
gefallen ist, bis spätestens 31. d. Mts.  
Wiesbaden, den 16. August 1923.  
Der Landrat.  
J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 4182. J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 365.  
Unter Hinweis auf die Verfügung des R. d. J.  
vom 10. 7. 23, betr. in Polen eingewanderte frühere  
Gefangene (Min. Bl. Nr. 30 Spalte 781/782) erlaube  
ich die Polizeiverwaltungen und Ortspolizeibehörden  
des Kreises, die vorgeschriebenen Verzeichnisse zu  
stellen.  
Wiesbaden, den 17. August 1923.  
Der Landrat.  
J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 4116. J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 366.  
Betrifft: Gele über den Verkehr mit Edelmetallen.  
Von Verbänden der am Edelmetallhandel be-  
teiligten Kreise ist bei mir die Genehmigung dazu  
ersucht worden, daß ein von dem Kaiser der Aus-  
stellung (Min. Bl. Nr. 30 Spalte 781/782) erlaube  
ich die Einzelheiten unweitest abweichendes Ge-  
schäftsabgesprochen werden dürfte. Ich habe nichts  
gegen, wenn von Ihnen für eine Liebergangszeit  
überwiegend die Verwendung derartiger Güter zu-  
gelassen wird. Ich lege dabei voraus, daß von  
Ihnen im Einzelfalle keine Bedenken dagegen zu er-  
heben sind.  
Gegenüber hervorgetretenen Zweifeln mache ich  
hierzu aufmerksam, daß in der Spalte 8 „Alter“  
eine Eintragung genügt, die ersichtlich macht, ob der  
Besitzer minderjährig ist oder nicht.  
Nach dem Ergebnis einer Besprechung mit dem  
Landrat Reichsfinanzminister bestehen keine Bedenken,  
daß die nach dem Umsatzsteuergesetz vorgeschriebene  
Einführung gleichzeitig für die Ausfuhr von  
Edelmetallen über den Verkehr mit Edelmetall ver-  
wendet wird, sofern die nach den Ausführungsbestim-  
mungen zu letzterem Gele vorgeschriebenen Ein-  
tragungen auch in diesen Fällen enthalten sind.  
Berlin 28. 9. den 12. Juli 1923.  
Der Minister für Handel und Gewerbe.  
J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 4017. J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 367.  
Betrifft: Gültigkeitsartenausgabe.  
Durch Erlass vom 20. Oktober 1921 — III. V.  
12.045 — habe ich bereits darauf hingewiesen, daß es  
sich bei der Ausgabe von Gültigkeitsarten, bei dem Umtausch  
der Gültigkeitsarten die ordnungsmäßige Beträge-  
stellung zu prüfen und nötigenfalls die Karten zu  
entwerfen.  
Weiterhin haben einzelne Landesverordnungs-  
stellen darüber, daß sich die Kartenentwerfung  
auf der Verpflichtung anlehen und überhaupt bei  
dem Umtausch der Gültigkeitsarten höchst lässig ver-  
fahren.  
Ich erlaube daher, die Kartenentwerfung auf ihre  
Verpflichtung bei dem Umtausch der Gültigkeitsarten  
zu verweisen, zu verweisen, hinzuzusetzen.  
Berlin 28. 9. den 17. Juli 1923.  
Der preussische Minister für Volkswohlfahrt.  
J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 4017. J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 368.  
Unter dem Weidewich des Viehhändlers Josef  
Lauer an der Krenzenmühle bei Viebrich und in  
dem Gehöft des Landwirts Bedt in Nordstadt  
wurde die Maul- und Klauenseuche amtserkennlich  
festgestellt und die Sperre verhängt.  
Wiesbaden, 20. August 1923.  
Der Landrat.  
J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 4224. J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 369.  
Bekanntmachung  
betr. Erhöhung der Schornsteinfegergebühren.  
Auf Grund des § 77 der Reichsgemeinderordnung  
werden die Schornsteinfegergebühren für den Land-  
kreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Viebrich  
ab dem 1. 1. 1924, verhöfent-  
lich im Kreisblatt Nr. 146, Ziff. 578 — mit Wir-  
kung vom 22. 8. 1923 ab auf das 45.000 fache der  
Beträge erhöht.  
Meine Bekanntmachung vom 13. d. Mts.  
Nr. 4164 — Kreisblatt Nr. 96 — tritt außer Kraft.  
Wiesbaden, den 21. August 1923.  
Der Landrat.  
J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 4328. J. W. Schrödt, Kreissekret.

Nr. 4328. J. W. Schrödt, Kreissekret.

## Nichtamthlicher Teil.

### Tages-Rundschau.

#### Die französische Note.

Paris, 21. August. Die französische Note ist  
heute vormittag 9 Uhr dem englischen Gesand-  
ten in Paris übergeben worden. In einem Bei-  
tragel gibt der „Temps“ der Hoffnung Ausdruck,  
daß die englische Diplomatie nicht ein neues juristi-  
sches Machtwort begeben werde und daß die Zeit der  
Dialektik mit der heutigen französischen Note abge-  
schlossen sein werde. In dieser Hoffnung aber wür-  
den alle auf beiden Seiten des Kanals, die guten  
Willens seien, die Frage aufwerfen: Was wird jetzt  
geschehen?

Die französische Note und ihr Inhalt enthalten  
drei Arten von Gedanken:

1. Man finde hier zunächst die Gründe, die die  
Politik Frankreichs gegenüber Deutschland rechtfertigen.

2. seien in der Note Töne und die Tatsachen auf-  
geführt, die Punkt für Punkt die Beweisführung der  
letzten englischen Note widerlegen.

3. erinnere Poincaré daran, daß er die Grund-  
lagen einer billigen Lösung bereits umrissen habe.  
Diese Grundlagen seien es natürlich in erster Linie,  
die jedem Mann, der zu einem positiven Ergebnis  
kommen wolle, interessieren müßten.

Wieviel verlange Frankreich? Es verlange für  
seine Reparationen insgesamt den gegenwärtigen  
Wert von 26 Milliarden Goldmark. Frankreich  
werde keine darüber hinausgehende Forderung an  
Deutschland nur in dem Maße geltend machen, in  
dem es durch die Forderungen seiner eigenen Gläu-  
biger, England und der Vereinigten Staaten ge-  
zwungen sein würde.

Wie erwartet Frankreich bezahlt zu werden?  
Poincaré habe dies bereits in dem Stück XXXI.  
des letzten Geldbuches angedeutet, und seine heutige  
Note werde sich nur auf diese Dokumente beziehen,  
die das Datum des 10. Juni tragen.

Wie denke Frankreich sich die Regelung des  
Ruhrkonflikts? Poincaré habe das bereits in seinen  
Instruktionen vom 11. Juni (Dokument XXV. des  
letzten Geldbuches) ausgesprochen. Die heutige Note  
könne auch in diesem Falle sich nur auf diese Do-  
kumente beziehen. Wenn man so die Grundlagen,  
die die französische Regierung festgelegt habe, sich  
ansehe, so mache man zwei Feststellungen: Zunächst  
sei, daß es überflüssig sei, sich alsbald nochmals  
über die Festlegung der deutschen Schuld und die  
Bewertung des Zahlungswillens Deutschlands aus-  
zusprechen. Da die französischen Ansprüche nicht  
unter 26 Milliarden Goldmark herabgesetzt werden  
könnten, die belgischen nicht unter 5 und die eng-  
lischen nicht unter 14,2 Milliarden, so sei es schon  
jetzt klar, daß der Betrag der deutschen Schuld unge-  
fähr feststehe. Er werde in der Höhe von 50 Mil-  
liarden Goldmark liegen, vorbehaltlich der ameri-  
kanischen Ansprüche, da niemand, mit den Ver-  
einigten Staaten angefangen, ein Interesse an einer  
frühzeitigen Feststellung habe.

Die zweite Feststellung, die man mache, sei fol-  
gende: Die einzig dringliche Frage sei die, die Mittel  
der Barzahlung ausfindig zu machen. Wenn man  
sich über die Mittel zur Abwicklung der Reparations-  
schulden grundsätzlich verständigen würde und die  
angeregten Methoden sofort zum Teil anwenden  
könne, so wäre mit demselben Augenblick der Ruhr-  
konflikt milderget.

Welche Mittel der Barzahlung habe Poincaré  
am 10. Juni angedeutet?  
Die Einnahmen aus der Ausbeutung der Eisen-  
bahnen auf dem linken Rheinufer, Erhebung der  
Zölle in Gold und schließlich die Beschlagnahme von  
einem Teil ausländischer Devisen, die durch den Er-  
trag gewisser Exporterzeugnisse eingingen.

Die französische Regierung habe bedauert, daß  
es die gegenwärtige Lage nicht gestatte, diese Vor-  
schläge weiter zu entwickeln; in ihrer heutigen  
Note, habe sich doch die englische Diplomatie über  
dieses französische Programm vom 10. Juni noch  
nicht ausgesprochen; ebenso wenig habe das neue  
deutsche Ministerium, nachdem es zur Macht gekom-  
men sei, irgend einen Vorschlag gemacht. Die fran-  
zösische Regierung müsse sich daher fragen, ob sie,  
wenn sie sich in alle Einzelheiten einlasse, damit  
wirklich einen Fortschritt in der Diskussion herbei-  
führen würde.

Der „Temps“ will indessen wissen, und zwar  
wird betont — auf eigene Verantwortung — daß  
die von Frankreich angeregten Zahlungsmittel fast  
alle einen gemeinsamen Zug hätten. Mit Ausnahme  
der Naturalieferungen seien jede dieser Methoden  
geeignet als Grundlag für die Emission von Wert-  
papieren, die durch gewisse Einnahmen gesichert  
seien.  
Auf ein Eisenbahngeld, dessen Herstellungskosten  
durch die Entwertung der Mark vollkommen amorti-  
siert seien, auf Kohlenlieferungen und auf regel-  
mäßige Einnahmen in Gold oder Devisen könnten  
markfähige Werte ausgegeben werden, die unter  
der Bedingung, daß Pfänder gesichert seien, auf  
den Hauptplätzen der Welt einen Markt finden  
würden.  
Deutschland könnte so seine Schuld an Kapital  
bezahlen und zwar ziemlich rasch. Die Wertpapiere,  
die man an Zahlungsstatt geben würde, könnten  
auch Vertrauen genug bieten, damit in den Ländern,  
in denen die Reparationen bisher durch innere An-  
leihen finanziert würden, die Befürchtung dieser An-  
leihen beseitigt werden würde, ihre Obligationen gegen  
diese deutschen Wertpapiere auszuwechseln.  
So werde man nach und nach zur Verwirkli-  
chung des Vorschlages von Lyautey, den der  
„Temps“ schon empfohlen habe, kommen. Dieser  
Vorschlag bestehe darin, daß nach und nach Deutsch-  
land die Kassen der französischen, belgischen und  
englischen Anleihen tragen würde, die zu Repara-  
tionszwecken ausgegeben seien.  
Der „Temps“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß,  
wenn die neue deutsche Regierung dieses Programm  
studiere und wenn sie irgend einen gut abgehohten  
Vorschlag machen würde, sie viel dazu beitragen  
würde, nicht nur die Entspannung zu beschleunigen,  
die Europa brauche, sondern auch die Gesundung  
der deutschen Finanzen einzuleiten.  
Je mehr man die gegenwärtige Lage Deutsch-  
lands studiere, desto mehr komme man zu der  
Ueberzeugung, daß es Deutschland vollkommen un-  
möglich sein würde, seine Währung zu stabilisieren  
und kein Budget ins Gleichgewicht zu bringen, so-  
lange der Ruhrkonflikt andauere. Vor allem müsse  
die deutsche Regierung zu einer Abmachung mit  
ihren Gläubigern kommen. Eigen Weg, meint der  
„Temps“, habe er in seinen vorstehenden Ausführ-  
ungen wieder einmal gewiesen. Außerdem müsse  
anerkannt werden, daß der Weg durch zwei ziemlich  
ernstliche Hindernisse gesperrt sei. In seinem Ant-  
wortenswurf an das Kabinett Cuno vom 20. Juli  
schreibe Lord Curzon, daß es notwendig sei, irgend  
eine Art internationaler Kontrolle über die Finanz-  
verwaltung Deutschlands vorzulegen. In Frankreich  
sei man sehr davon überzeugt, daß eine derartige  
Kontrolle illusorisch wäre; denn in Deutschland er-  
hebe man keinen Einspruch gegen diesen Plan, da  
es den Anschein erwecken würde, als trage er zu  
einer Läuterung Deutschlands bei.  
Sollte deshalb die englische Regierung nicht  
wenigstens auseinandersehen, was sie unter inter-  
nationaler Kontrolle der deutschen Finanzen ver-  
steht? Andererseits finde man in der Note Curzons  
vom 11. August in § 52 einige Sätze, die folgendes  
zu bedeuten schienen: Da England versprochen habe,  
den Vereinigten Staaten mit festen in Dollars er-  
forderlichen Jahreszahlungen zu zahlen, so müßte  
es von Deutschland Jahreszahlungen in Gold be-  
kommen. Nach dem „Temps“ würde aber diese  
Art Bezahlung unendlich weniger praktisch sein als  
die Zahlung von Devisen, von denen er in seinen Ausführungen  
sprache. Könnte deshalb die englische Regierung sich  
nicht darüber äußern, ob sie wirklich daran festhalte,  
nur in festen Jahresraten und in Gold bezahlt zu  
werden oder ob sie auch entsprechend garantierte  
Wertpapiere annehmen würde.  
Der „Temps“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß,  
wenn die englische Antwort auf die französische Note  
erfolgen müßte, sie dann über diese beiden wichtigen  
Punkte Auskunft geben würde.

#### Die belgische Note.

Brüssel, 21. August. Der „Etoile Belge“  
teilt mit, daß die belgische Antwort Poincaré am  
Mittwoch abend überreicht werde; am Donners-  
tag werde ihre Liebergabe in London erfolgen. Die  
Antwort werde sich mit der Frage der belgischen  
Priorität befassen und daran erinnern, was  
Belgien bereits an Reparationen erhalten habe.  
Was die Ruhrbesetzung und ihre Rechtmäßigkeit be-  
triffe, so glaube das Blatt zu wissen, daß die belgische  
Regierung von Neuem behaupten werde, daß das  
Ruhrgebiet für Belgien nur ein Pfand und ein  
Druckmittel auf den Schuldner darstelle. Die belgische  
Antwort werde sich vor allem an die Tatsache halten,  
daß England in der letzten Note zum ersten Male  
die Höhe dessen festgelegt habe, was es an Repa-

tionen noch zu erhalten habe. Diese Tatsache  
könne nach Ansicht der belgischen Regierung die  
Fortsetzung von Verhandlungen möglich machen.  
„Etoile Belge“ meldet weiter, daß man in ministé-  
riellen Kreisen sehr optimistisch sei und glaube, daß  
die Verhandlungen weitergehen könnten.

#### Strenge Grenzverkehrsperre

Berlin. (Wolfsmeubung.) Wie ein Blatt aus  
dem Ruhrgebiet meldet, wird die Grenzverkehrs-  
perre sehr streng durchgeführt. Sämtliche Straßen  
und Wege, die über die Grenze des besetzten Gebietes  
führen, sind durch Stacheldraht und Grabsicherungen  
abgesperrt. In vielen Stellen sind sogar über Wä-  
ldern und Feldern Stacheldrahtsperrungen errichtet  
worden. In Ortschaften, in denen die Grenze die  
Dorfstraße entlang führt, ist längs der Straße ein  
Stacheldraht gezogen, der den Verkehr von einer  
Straßenkreuzung zur anderen verhindert. Täglich wer-  
den Scharen von Menschen, die beim Versuch, die  
Grenze zu überschreiten, verhaftet sind, zu den  
Kommandostellen gebracht.

#### Deutsche Volkspartei und das Kabinett Stresemann.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der  
Deutschen Volkspartei teilt mit: Die  
deutsche Volkspartei teilt mit, daß bei  
der Abstimmung über das Vertrauensvotum für  
das Kabinett Stresemann 20 Mitglieder der Frak-  
tion der Abstimmung ferngeblieben seien und  
schlecht daraus auf eine starke Opposition in der  
Fraktion der Deutschen Volkspartei gegen die  
große Koalition unter der Führung Stresemanns.  
Die Nationalliberalen Korrespondenz bemerkt  
dazu folgendes: Die Zahl von 20 Abgeordneten ist  
dadurch erreicht worden, daß auch diejenigen Ab-  
geordneten der Deutschen Volkspartei gezählt wor-  
den sind, die wegen der bekannten Schwierigkeiten  
im besetzten Gebiet und aus Krankheit oder aus  
sonstigen Gründen an der Tagung des Reichstages  
nicht teilgenommen haben. Für die übrigen Mit-  
glieder der Reichstagsfraktion, die an der Abstim-  
mung nicht teilgenommen haben, gilt daselbe, was  
bereits die Nationalliberalen Korrespondenz in  
Nr. 277 vom 17. August erklärt, und was parti-  
ell schon festgestellt worden ist, nämlich, daß ihr Fern-  
bleiben von der Abstimmung nicht als Protest gegen  
die Neubildung der Regierung auf der Grundlage  
der großen Koalition unter der Konzeption Stre-  
semanns angesehen werden darf. Vielmehr wollten  
dieser Fraktion Mitglieder, die der Abstimmung fer-  
ngeblieben sind, dadurch lediglich zum Ausdruck brin-  
gen, daß sie nicht mit der Befestigung des Kabinetts  
in allen Einzelheiten einverstanden sind. Es trifft  
auch nicht zu, daß alle Landwirte der Fraktion sich  
der Stimmgabe enthalten haben.

#### Stegerwald über die politische Lage

Berlin. Vor einem geordneten Kreise poli-  
tischer Persönlichkeiten hielt Ministerpräsident a. D.  
Stegerwald, der Führer des Deutschen Gewerk-  
schaftsbundes, einen Vortrag über die politische Lage,  
in dem er etwa folgendes ausführte:  
Das Kabinett Cuno ist gescheitert, ob zum  
Nutzen oder Schaden des deutschen Volkes, werden  
erst die nächsten Monate ergeben. Es ist übertrie-  
ben, von einem vollständigen Bankrott der Cuno-  
schen Politik zu sprechen. Auf dem Gebiete der  
Außenpolitik, die im wesentlichen eine Fortsetzung  
der Wirtschaftspolitik darstellt, hatte das Kabinett  
Cuno unübertreffliche Erfolge. Es braucht nur an die  
letzte englische Note an Frankreich hingewiesen zu  
werden. Man kann die Unzulänge der deutschen Re-  
gierung und die letzte Reichstagsrede Cunos als die  
Basis für die englische Antwort bezeichnen.  
Wenn nicht alle Zeichen trügen, beginnt Deutschland,  
das fünf Jahre lang ausschließlich Objekt der Politik  
war, wieder Subjekt der Politik zu werden. Der  
Minister Dr. Cuno wäre nicht notwendig gewesen,  
wenn der Kanzler rechtzeitig einige Opfer zur Strecke  
gebracht hätte. Er hätte sich längst darüber klar sein  
müssen, daß insbesondere eine andere Finanz- und  
Reichspolitik betrieben werden müßte. Die fürzlich  
eingeleitete Währungs- und Steuerreform wäre eine  
verdienstvolle Tat gewesen, wenn sie zu einer Zeit  
geschehen wäre, als noch Aussicht auf ihren Erfolg  
unbedingt vorhanden war. Wie im Weltkrieg die  
deutschen Finanzen durch die hohe Kriegsanleihe-  
politik ohne Steuern unterhalten wurden, so führte die  
Finanzpolitik, während des Ruhrkrieges, die sich bis  
heute in einer wahnsinnigen Anspannung d. Notenpresse  
erschöpfte, ungeheure Anspannung und Verarmung  
der breiten Massen herbei. Die Regierung war  
wiederholt zu einer aktiveren und geschickteren Steuer-  
politik und zu einer durchgreifenden Sanierung des  
Haushalts aufgefordert worden. Am 26. Februar  
hatte ich für den Deutschen Gewerkschaftsbund eine  
Eingabe dem Reichskanzler unterbreitet, in der es  
heißt: „Der Gewerkschaftsbund begehrt in erster  
Stunde das Reichskabinett, zu schnellen Entschlüssen  
zu kommen. Der Glaube, daß sich in den letzten  
Jahren eine lückenhafte Kette zwischen Hochfinanz und  
Regierung herausgebildet hat, greift rapid um sich,  
gefährdet dadurch den Widerstandswillen und ist ge-







nach der amtlichen Notierung von Montag d. 20. August 1923. Aufgetrieben waren 1 Doh 4 Hähne, 32 Kühe und Kälber, 71 Färsen, 2 Stö 58 Schen ne. Verlust wurden wegen des u. geäußerten Kutteriebs nicht notiert.

**Folgen der Buchdruckerlöhne.** Die Vollversammlung des Vereins Berliner Buchdruckerbeisitzer hat mit Betürzung vom dem Ausnahm der neuen Löhne Kenntnis genommen. Sie sieht keine Möglichkeit, die notwendigen Mittel dafür aufzubringen. Deshalb, und weil es ferner unmöglich ist, zu den immerhin notwendigen Preisen noch Aufträge zu erhalten oder Verlagswerke abzugeben, empfiehlt die



